

Fotos: transit/v. Polentz



## CALL CLEMENT! – LEIDER NUR EINE LUFTNUMMER

Tausende Jugendliche der Region noch ohne Ausbildungsplatz

Die Filmsequenz wurde hundert Male wiederholt. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hatte nach dem gefeierten Abschluss des Paktes mit der Wirtschaft allen jungen Leuten Hoffnung auf einen Ausbildungsplatz gemacht. „Wenn alles scheitert: Rufen Sie mich an, schreiben Sie“ hatte er gesagt und versprochen: „Ich kümmere mich direkt“. 60 von Tausenden Jugendlichen, die in Berlin und Brandenburg immer noch einen Ausbildungsplatz suchen, nahmen den Minister beim Wort und versuchten bei einer Aktion der DGB-Jugend, ihn anzurufen...

Tatsächlich hatte Herr Clement den Mund wohl ein wenig voll genommen, denn nicht einmal das Versprechen, „das werde ich meinem Büro sagen“, schien eingehalten. Die Damen im Vorzimmer wußten von gar nichts und retteten sich in Ausflüchte. Zunächst

war der Herr Minister „in einer Besprechung“, zehn Minuten später hatte er das „Haus verlassen“. Das zumindest erfuhren Margarita und Diane. Die beiden würden gern Kauffrau für Bürokommunikation lernen, „egal in welcher Branche“, erhielten aber auf Bewerbungen bisher nur Absagen. Deshalb sitzen sie jetzt in einer Vorbereitungsklasse im Berliner Oberstufenzentrum Verkehr,

Von den Zusagen  
meilenweit entfernt

Wohnungswirtschaft und Steuern in der „Warteschleife“. Ismail Salim auch. Er verlangte laut, Herrn Clement „unter vier Augen zu sprechen“ – wenn nicht gleich, dann „mit einem Termin“. Die Vermutung, dass der Minister wohl „zu feige“ sei, sich ihnen zu

stellen, schickte er gleich noch hinterher.

Tatsächlich waren zum 30. September, dem Ende der Ausbildungsrunde 2003/2004, noch 4 607 junge Leute in Berlin und 3 080 in Brandenburg gänzlich unvermittelt bei den Arbeitsagenturen registriert. Für alle 67 616 Ausbildungsplatzbewerber hatten in der Region nur 19 244 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestanden. Ein Gros der Schulabgänger kam in „Ersatzmaßnahmen“ unter, allein in Berlin 15 000 in berufsvorbereitenden Warteschleifen. Trotz „punktuelle Verbesserungen“ wie bei den IHK in Berlin und Brandenburg, müsse das „Gesamtresultat aller Bemühungen als enttäuschend“ bezeichnet werden, erklärte Bernd Rissmann, der stellv. Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. Von der im Ausbildungsplatz übernommenen Ver-

### AUS DEM INHALT

#### SEITE 3

„Goldener Maulkorb“ nicht abgeholt

#### SEITE 7

Künstler in der Falle von Hartz IV

#### MITTELSEITEN:

Zehntausende sind dafür, dass Widerstand erlaubt ist

#### SEITE 14

Rettung für ddp in Sicht?

pflichtung, allen ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten, sei man „meilenweit entfernt“. Noch immer sei die „Lücke auf dem Ausbildungsmarkt größer als im Vorjahr“, kritisiert auch der DGB-Bundesvorstand und fordert die Unternehmenseite auf, zur Erfüllung ihrer Selbstverpflichtung „in den kommenden Monaten noch einmal kräftige Anstrengungen zu unternehmen“.

neh

Willst Du froh und glücklich leben/ Lass kein Ehrenamt Dir geben... Wieviel Mühen, Sorgen, Plagen/ Wieviel Ärger muss Du tragen/ Gibst viel Geld, opferst Zeit/ Und der Lohn – Undankbarkeit.

Hat Wilhelm Busch immer noch Recht? Bei ver.di engagieren sich über 150.000 ehrenamtliche FunktionärInnen, davon über 6.000 im Bezirk Berlin. Ungezählt sind die Aktiven ohne offizielle Funktion. Während oben Gremien teure Kampagnen zur Gewinnung neuer Mitglieder oder neuer AktivistInnen diskutieren, steigen womöglich unten gerade KollegInnen aus Enttäuschung oder Not aus. So mailte mir eine jahrelang aktive Kollegin, dass sie sich „von dieser Gewerkschaft“ jetzt „etwas zurück ziehe“. Sie braucht ihre Arbeitslosenhilfe „zum Überleben“. Denn „Unterschriften sammeln, an Kundgebungen teilnehmen, Flugblätter oder auch nur eine Mail und Infos weitergeben, kostet Geld (Fahr-, Papier-, Telefonkosten usw.)“, stellte sie fest.

Zwar zahlen einige Gewerkschafts-Gruppen ihren Betroffenen schon mal den Fahrschein. Es gibt auch Hauptamtliche, die sich um die Kneipenrechnung nach Demos oder Sitzungen kümmern.

Aber wer sich sein politisches Engagement kaum noch leisten kann, ist natürlich verärgert, wenn gut verdienende Gewerkschaftsvorstände gar nicht oder nur zögerlich zu Protesten gegen weiteren Sozialabbau aufrufen.

Mut zur Horizonterweiterung. So kämpfte obige Kollegin z.B. für das am 1. August 2000 eingeführte Arbeitslosenhilfeticket. Unsere eigenen ver.di-KollegInnen in den Verkehrsbetrieben, im Senat und im Abgeordneten-

graph 10 unserer Satzung so hoffnungsvoll: „Das Mitglied ist verpflichtet, ... gegenüber allen Mitgliedern der ver.di und der anderen im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften Solidarität zu üben“. Hauptamtliche hätten zwischen den Fachbereichen Kontakte vermitteln können, um diese gegenseitige Solidarität mal zu „üben“. Schließlich sitzen alle Fachbereiche in einem Haus.

Politische Anliegen der Basis sind eine Chance und müssen gefördert werden. Die Basisarbeit findet in den Regionen statt. Also müssen auch die Tatkraft und die Finanzen der Regionalverwaltungen gestärkt werden.

Der Bundesvorstand ist aber nicht nur finanziell abgehoben. Wer hoffte, der Zusammenschluss der ver.di-Verwaltungen vom Bund und den Ländern Berlin und Brandenburg schafft bessere Tuchfühlung zur engagierten Basis, irrt. Der Bund hat im neuen Gebäude einen eigenen Eingang. Zu den Verbindungs- oder besser gesagt Trennungstüren auf den Etagen haben nur die Hauptamtlichen die Schlüssel.

Also: Reißt die Mauern ein, macht die Türen auf, lasst die Leute rein und verteilt die Ressourcen intelligenter!

## AUF EIN WORT

# SOZIALABBAU MACHT EHREN- AMT ZUM LUXUS



Foto: transktiv, Polenz

ANTJE GRABENHORST, STELLVERTRETENDE  
VORSITZENDE DES VER.DI-FACHBEREICHS 8 BERLIN

„Wenn wir gewusst hätten, dass so viele kommen, hätten wir ja aufgerufen.“ veräppelte neulich jemand diese Passivität.

Freiwillig Engagierte wollen mit ihrer Arbeit zu Recht ernst genommen und unterstützt werden. Das erfordert von den Hauptamtlichen Fingerspitzengefühl, Engagement, Phantasie und

haus, wirkten aber aktiv und passiv mit an der Abschaffung dieses Tickets zum 1. April 2004! So entpuppten sich die, von denen wir eigentlich Solidarität erwarten, als gedankenlose Helfer einer unmenschlichen Politik, die Arme in ihrem Grundrecht auf Mobilität einschränkt und sozial ausgrenzt. Dabei klingt der Para-

## BUCHTIPP

# ES BEGANN MIT EINER LÜGE

KAI HOMILIUS 2004

In der letzten Zeit geistert der Milosevic-Prozess in Den Haag hin und wieder durch die Medien. Der ehemalige Staatspräsident von Jugoslawien wird als verbitterter alter Mann dargestellt, der sich trotz gesundheitlicher Probleme auf jeden Fall selbst verteidigen will und – starrköpfig wie gewohnt – jeden Kontakt zu einem Pflichtanwalt ablehnt. Viel mehr war kaum zu erfahren. Schließlich scheint der Krieg gegen Jugoslawien hierzulande ganz weit weg. Das ist um so erstaunlicher, weil doch dort erstmals deutsche Soldaten wieder im Auslands-Einsatz waren.

„Der Krieg der Nato gegen Jugoslawien und die Lügen, die ihm vorausgegangen sind und ihn be-

gleiteten, sind Geschichte“. So beginnt der Publizist Jürgen Elsässer ein faktenreiches Buch. Der Jugoslawienexperte rekapituliert die politische und mediale Vorbereitung auf eine Auseinandersetzung, die er zugespitzt, aber treffend den „deutschen Krieg“ nennt. Elsässer erinnert daran, dass es gerade die deutsche Außenpolitik war, die Anfang der 90er Jahre die Sezession Sloweniens und Kroatiens auch gegen den Willen anderer Nato-Partner energisch protegiert hatte. Er geht akribisch auf das publizistische Begleitkonzert ein, mit dem innerhalb weniger Jahre aus Kriegsgegnern Bellezisten wurden. Man müsse in Jugoslawien ein zweites Auschwitz verhindern, hieß es unisono von Politikern und Medien. Da wurde selbst mancher überzeugte Grünen-Pazifist unsicher.

Elsässer hat in jahrelanger Recherche in Deutschland und auf dem Balkan all die Behauptungen

gründlich auseinander genommen, die hierzulande so strapaziert wurden, dass es schon Mut kostete, sie dennoch anzuzweifeln. Wer erinnert sich noch an den legendären Hufeisenplan, den der damalige Bundesverteidigungsminister Scharping immer wieder erwähnte? Dabei sollte es sich um eine von langer Hand vorbereitete Vertreibung der al-

## Oft Wiederholtes dennoch anzweifeln

banischen Bevölkerung aus dem Kosovo handeln. Es gibt keinen Beweis, dass ein solcher Plan je existiert hat. Elsässer bestreitet keineswegs, dass es Verbrechen und Gräueltaten auch von serbischer Seite gab. Nur stellt er sie in den Kontext des bewaffneten Konfliktes auf den Balkan. Er weigert sich, die Serben als die Alleinschuldigen in diesem Konflikt

zu brandmarken. So geschieht es aber bis heute in Den Haag. Keine ranghohen kroatischen oder bosnischen Politiker müssen mit Anklagen rechnen. „Noch nie haben so wenige so viele so gründlich belogen wie in Jugoslawien. Dafür sind Menschen gestorben“, kommentierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer. Zu den wenigen Journalisten, die immer wieder nach dem Wahrheitsgehalt der Beschuldigungen fragten, die den Weg in den Krieg ebneten, gehört Jürgen Elsässer. In diesem Buch hat er umfangreiche Rechercheergebnisse zusammengetragen. Ein leider noch immer sehr aktuelles Werk. Denn längst gibt es neue Krisenherde, wo mit einseitiger und eigenwilliger Wertung der Fakten ein Krieg herbei geschrieben zu werden droht.

**Peter Nowak**

Jürgen Elsässer; Kriegslügen. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozess, Kai Homilius Verlag Berlin 2004, 18 Euro, ISBN 3-89706-884-2

# „Maulkorb“ wieder nicht abgeholt

Preiswürdig: Gerd G. hält seine Persönlichkeitsrechte hoch und verklagt Medien

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion in ver.di (dju) verlieh am 3. Oktober 2004 neuerlich den „Goldenen Maulkorb“. Der Preis für besondere Verdienste um die Behinderung der Pressefreiheit wurde diesmal von der dju Berlin-Brandenburg vergeben. Gerd G.\*, dem „Goldener Maulkorb“ und Urkunde mit dem Zusatz für „vorbildliche Geschichtsabwicklung“ zuerkannt wurden, war nicht ins Berliner Haus der Demokratie und Menschenrechte gekommen. Lediglich über seinen Anwalt hatte er drohen lassen, dass bereits „die namentliche Nennung unseres Mandanten im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Seegrundstücks in Niederlehme, auf dem sich eine Ernst-Thälmann-Gedenkstätte befindet, die Persönlichkeitsrechte“ des Herrn G. verletze. Es bestünde die Gefahr,

Herr Niemand sperrt  
ein Denkmal ein

dass der Geehrte „erneut öffentlich unter Namensnennung diffamiert wird“. In der satirischen Laudatio erläuterte Kabarettist Dr. Seltam vor zahlreichen Gästen einer Matinee zu Ehren des 115. Geburtstages Carl von Os-



Matthias Gottwald, der Laudator und Ulla Jelpke mit dem Preis

sitzkys die Hintergründe der Preisvergabe. Er begann damit, dass der Ministerialrat aus dem brandenburgischen Bauministerium, wie der Preisträger in etlichen Medien notgedrungen genannt wird, 2002 ein Grundstück von 5000 Quadratmetern direkt am berlinnahen Krossinsee für bloße 86 000 Euro von der Treuhandliegenschaftsgesellschaft ersteinigte. Die Absicht, dort Stadtvillen errichten zu lassen, wird durch die Tatsache erschwert, dass sich auf dem Grundstück seit 50 Jahren die Gedenkstätte

Sporthaus Ziegenhals befindet. Sie erinnert an die letzte, bereits illegale Zusammenkunft des ZK der KPD mit Ernst Thälmann nach Hitlers Machtübernahme und wird von einem Freundeskreis betreut. Der neue Besitzer verwehrte den bisherigen Nutzern den Zugang. Eine „Entwidmung“ des denkmalgeschützten Ortes betreibt er jetzt auf dem Verwaltungsgeweg. Medien, die über die Umstände des Erwerbs und die Quasi-Schließung der Gedenkstätte berichteten und dabei den Namen des neuen Eigentümers

nannten, wurden von Herrn G. mit Einstweiligen Verfügungen und Unterlassungsklagen überzogen, so auch „Der Spiegel“ und Super Illu“. Der „Goldene Maulkorb“ sei, so der Laudator, diesmal als Ehrung „für die versuchte Einschüchterung der Medien, als Preis für die Ungeheuerlichkeit, ein anerkanntes antifaschistisches Denkmal einzusperren“ sowie als Mittel zu verstehen, um „die Person und das Vorhaben Gerd G.s der öffentlichen Kritik auszusetzen“. Matthias Gottwald, Vorsitzender der dju Berlin-Brandenburg, übergab den „Goldenen Maulkorb“ der ebenfalls von G. verklagten Redaktion der „jungen Welt“ zur Aufbewahrung. „Bis zu einer eventuellen Abholung“, so jW-Ressortleiterin Ulla Jelpke, werde der Preis dort „einer interessierten Öffentlichkeit gern zugänglich gemacht“. **neh**

**Richterspruch:** In einem Verfahren vor dem Berliner Landgericht obsiegte Herr G. am 5. Oktober auch über das „Neue Deutschland“. Seine Persönlichkeitsrechte wurden von der 27. Zivilkammer höher bewertet als das öffentliche Interesse an Berichterstattung. Weil es hier auch um die Pressefreiheit gehe, hat die Redaktion Widerspruch angekündigt.

\*Auch uns hindert eine Einstweilige Verfügung, den Namen auszusprechen

## EIN HELAU VOM

Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere. Lorient alias Herr Winkelmann widmete sich in „Ödipussi“ ehrenamtlich der Gründung eines Vereins, der die Begriffe Frau und Umwelt in den Karnevalsgedanken einfließen lassen sollte. Nachdem Anliegen und Zielsetzung des e.V. i.G. bereits erörtert waren, befasste man sich im Film – leider erfolglos – mit der Suche nach dem passenden Vereinsnamen. Jetzt liegt der Fall verkehrt. Es gibt den Verein schon. Er hat sogar einen Namen: Deutscher Journalistenverband. Diskussionswürdig scheinen Anliegen und Ziel. Meint

jedenfalls Hans Werner Conen, ein Import aus Baden-Württemberg, der auf der Internetseite des DJV Brandenburg „Zwölf Thesen für einen zukunftsfähigen Verband“ **\_\_\_\_\_** **\_\_\_\_\_** und die Zusatzbezeichnung Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten ablegt. Klar, „Gewerkschaften haben keine Freunde mehr, sie gelten als Landplage und überflüssig.“ Zeitgemäßer scheint, „Journalisten dürfen jede Meinung haben, der Journalisten-

verband darf – deshalb – keine Meinung haben“. Conen wirft konsequenterweise alles über Bord, was landläufig im Geruch von Meinung steht oder gar nach Zwang aussieht: „Tarifvertragsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Allgemeinverbindlichkeit etc.“ Entsorgt werden Arbeitskämpfe und Streikordnung. Schließlich kommt die „Befreiung des öffentlichen Rundfunks aus der Beherrschung durch Parteien“ resp. die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Den Rest regelt ohnehin der Markt. Da werden sich Entgelte und Arbeitsbedingungen „ein-

zeln frei bilden“. **\_\_\_\_\_** **\_\_\_\_\_** „Leistungsbereite Auflagen- und Quotenbringer werden kräftig zulegen, Durchschnittsjournalisten und Problemfälle werden Einbußen hinnehmen müssen. Beides ist gut so. **\_\_\_\_\_** **\_\_\_\_\_** Lediglich ein Satz befremdet: „Mitglieder haben keine Pflichten außer der Beitragszahlung.“ Beitrag? Könnte glatt sein, dass den Edelfedern da doch der Karnevalsgedanke näher liegt. Die Frau, resp. der Mann sowie so. Oder gar die Umwelt? **N.P.** Siehe: [www.djv-brandenburg.de](http://www.djv-brandenburg.de)

Wenn das kein gutes Omen ist: Erstmals präsentierte sich Anfang Oktober der Medienstandort Berlin-Brandenburg auf Europas bedeutendster Film- und Programmfachmesse MIPCOM in Cannes. Das ist der Auftakt zu einer Standortoffensive – national wie international, betonte Medienboard-Chefin Petra Müller.

#### Gutes Omen für Filmwirtschaft

Immerhin entstehen jährlich 300 Filme in der Region. Während anderswo gespart wird, stocken Berlin und Brandenburg die Medienboard-Mittel auf jährlich 16,5 Mio Euro auf. Petra Maria Müller ist Geschäftsführerin des seit 1. Januar 2004 aus Filmboard und Medienbüro gebildeten Medienboard Berlin-Brandenburg. In dem wird Kirsten Niehus vom 1. November an als Filmintendantin

# Neue Akzente

## 10 Jahre Filmboard Berlin-Brandenburg als Fundament für das neue Medienboard

arbeiten. Beide wollen den Aufschwung der Medienbranche in der Region aus den letzten zehn Jahren fortsetzen: durch koordinierte Film- und Standortförderung. „Die Filmwirtschaft in Berlin-Brandenburg gehört zu den wenigen Wachstumsbranchen in der Region, ist national und international konkurrenzfähig“, meint die neue Medienboard-Chefin.

Wie neue Akzente gesetzt werden können, zeigte anschaulich die vierte Medienwoche Berlin-Brandenburg Ende August. So drehten sich bei „Babelsberg digital“ die Debatten auch darum, wie in Zeiten knapper Förderkas-

sen neue Finanzierungswege beschritten werden können. So machte sich der Lobbyverband „film20“ für „ein zweites Förderinstrument“ durch Steueranreize für Privatanleger zugunsten deutscher Filmproduktionen stark.

#### German Spend für die Region

Derartiges habe „in immer mehr Ländern für einen Entwicklungsschub der heimischen Filmwirtschaft“ gesorgt, verkündete Generalsekretärin Georgia Tornow. Sie will zusätzlich zur Bundes-

und Länderförderung die fast zwei Milliarden Euro deutsches Privatanlegerkapital aus Medienfonds für hiesige Produzenten nutzbar machen. Das Verfahren nach britischem Vorbild nennt sich Sale and Leaseback für Filmproduktionen – mit einem „German Spend“: Ein bestimmter Anteil des Filmbudgets muss in Deutschland ausgegeben werden.

Zweites großes Thema bei der Medienwoche waren neue Erlösmöglichkeiten. Digitalisierung läßt neue Vertriebswege (Handy, mobile Media) für audiovisuelle Produkte entstehen. Dazu kommt noch der Spiele-Bereich (PC, Konsolen etc.), ein allein bei Software in Deutschland über eine Milliarde Euro schwerer Markt, der auch Filmproduzenten neue Chancen eröffnet. „Noch sind wir nicht so weit, dass wir den Startschuss für eine Games-Förderung geben können“, dämpft Petra Müller allzu großen Optimismus. **Holger Wenk**

# Fernsehen + Radio via Handy?

## Pilotprojekt: Berlin profiliert sich als Deutschlands Digital-Hauptstadt

Spätestens seit dem kompletten Analog-digital-Umstieg beim Antennenfernsehen (DVB-T) in Berlin-Brandenburg vor über einem Jahr steht fest: Die Hauptstadt ist Vorreiterin bei der modernen Multimedia-Kommunikation in Deutschland. Und diese Pionierrolle wollen sich die Spreetheater auch nicht mehr wegnehmen lassen, wie die Medienwoche Ende August sowie einige Fachveranstaltungen in jüngster Zeit zeigten. Während andere Regionen

wie NRW, Norddeutschland und Rhein-Main gerade erst beginnen, auf DVB-T umzusteigen, ist in Berlin schon DVB-H angesagt.

Dieses Kürzel steht für Digital Video Broadcasting – Handheld und bedeutet übersetzt: Radio + TV für mobile, tragbare Geräte – also etwa Handys, Laptops und Notebooks sowie Westentaschen-PCs. Dabei wird das terrestrische Rundfunknetz mit Mobilfunknetzen derart kombiniert, dass das eine bei der Ausstrah-

lung von Daten und das andere für den nötigen Rückkanal genutzt wird. Ton, Stand- und Bewegtbild sowie Texte sind zu echten interaktiven Multimedia-Anwendungen verknüpft.

#### Rundfunknetze mit Mobilfunk kombiniert

Erprobt wird das Ganze seit Juni in Berlin – zunächst auf Kanal 59, künftig auf Kanal 39 (Alexanderplatz + Schäferberg). Den baut die Telekom-Tochter T-Systems gerade aus – als Vorstufe für künftige hybride Netze. Und die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) fördert nicht nur, sondern fordert auch: Demnächst wird der mabb-Medienrat unter zwei Dutzend Bewerbern die mit den sinnvollsten Anwendungen auswählen und ihnen eine Sende-/Anbieterlizenz ausstellen. Zwar hinkt die Industrie mit den neuen Geräten noch etwas hinterher, doch Nokia und Sony wollen in den nächsten Monaten die ersten Multimedia-Handys für DVB-H produzieren. Eigentlich

sind es ja keine Handys mehr, sondern hybride Geräte, also eine Kreuzung aus Kofferradio-/fernseher mit schnurlosen Telefonen und den für DVB-T nötigen Decodern – alles im Mini-Format.

Was haben die Hauptstädter von diesen Innovationen? Erste Beispiele waren schon im bmco-Pilotprojekt unter Federführung von Vodafone auf Nokia 7700-Handys zu sehen. Etwa der Abruf von Nachrichtensendungen (N24) und Sport-Highlights (Eurosport), der Einkauf via RTL Shop oder der für Stunden freigeschaltete Thriller vom Action&Spannungs-Kanal 13th street (ohne dass gleich ganze Pay-TV-Pakete abonniert werden müssen). Attraktiv auch das Angebot von Viva: Bei „Get the clip“ konnten die beteiligten Tester über ihre Lieblings-Musikvideosclips abstimmen.

Spannend für Berlin-Besucher ist der Dienst „Whats up?“, bei dem quasi der Kino-Service-Inhalt des Stadtmagazins Tip per Handy zugänglich gemacht wurde. Das hat selbst das internationale Fachpublikum begeistert, das sich bei der europäischen Konferenz DICE auf der Medienwoche traf. Das Europa-Projekt steht übrigens unter Federführung des Berliner Senats, der in dieser Frage schon fast unternehmerisch agiert: „think global, act local“

**Holger Wenk**

### STANDORT IN ZAHLEN

Laut IHK beschäftigen 10.000 Firmen der Medien- und Kommunikationswirtschaft in Berlin-Brandenburg 115.000 Mitarbeiter und erwirtschaften rund 800 Millionen Euro jährlich. Mit 40 Prozent Zuwachs bei Film und Fernsehen zählt die Region zu den dynamischsten aller Medienstandorte in Deutschland. In den letzten zehn Jahren hat der Filmboard 1430 Projekte mit 171 Millionen Euro gefördert, wobei die Steuermittel et-

wa einen dreifachen Regionaleffekt ergaben, also zu mehr als einer halben Milliarde Euro Ausgaben in Berlin-Brandenburg führten. Die 438 geförderten Kinofilme hatten mehr als 54 Millionen Zuschauer, wurden bei fast allen Festivals mit Preisen geehrt und können zehn OSCAR-Nominierungen vorweisen. Dazu gehören u.a. „Sonnenallee“, „Good bye, Lenin“, „Lola rennt“, „Der Pianist“, „Luther“, „Das Wunder von Bern“.

# Für einen lebendigen Standort

Pro Babelsberg setzt auf Leistung und hilft vor allem kleineren Firmen bei der Vermarktung

„Babelsberg lebt noch zu sehr von Marlene“, sagt Andreas Vogel, Geschäftsführer von Pro Babelsberg, gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH. „Dabei vertreten wir hier heute einen aktiven und leistungsfähigen Standort.“ Nicht nur die großen und bekannten Namen wie Studio Babelsberg Motion Pictures, RBB und das ZDF-Landesstudio haben ihren Firmensitz auf dem traditionsreichen Areal, sondern insgesamt rund 130 Unternehmen aus der Medienbranche. Für ihr um-

## Manufaktur der Träume

fassendes Leistungsspektrum zu werben, ist unter anderem Aufgabe von Pro Babelsberg. Die Gesellschaft wurde im Dezember 2003 von der Vivendi Gruppe Deutschland GmbH und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) ge-

gründet. Sie finanziert sich zum Teil mit Erlösen aus dem Filmstock von 80 Filmen, die Vivendi Pro Babelsberg übertragen hat. Zusätzlich hat sich der Konzern verpflichtet, noch für mehrere Jahre das Budget der Gesellschaft zu sichern – obwohl die Franzosen seit dem Verkauf von Studio Babelsberg selbst kein Unternehmen mehr am Ort besitzen.

Filmproduktion sei in erster Linie Handwerk und Logistik, betont Andreas Vogel. Mit der Ausstellung „Manufaktur der Träume“, die erstmals bei der Medienwoche Berlin-Brandenburg gezeigt wurde, gibt Pro Babelsberg anhand des Drehs von „Around the world in 80 days“ Einblick hinter die Kulissen. Nicht nur der Einsatz einer 350-köpfigen Filmcrew sowie von 6000 Komparsen musste organisiert werden, zusätzlich wurden mehr als 100 Handwerker an unterschiedlichen Drehorten koordiniert. „Dahinter steht eine große logistische Leistung“, versichert

Andreas Vogel. Pannen oder eine unpünktliche Lieferung dürften bei Filmproduktionen schlichtweg nicht passieren, da sonst ein finanzielles Desaster drohe. So seien 27.800 Kubikmeter Dekorationsvolumen und -zubehör für

## Werbung nicht nur virtuell

den Jules-Verne-Klassiker zeitgenau angeliefert, auf- und abgebaut worden. Die Ausstellung präsentierte Pro Babelsberg auch auf der Frankfurter Buchmesse und beim Kino-Vino-Festival im Schlosspark Sanssouci.

Die gemeinnützige Gesellschaft wirbt auch durch eine umfassende Internetseite für den Standort, auf der die Firmen vorgestellt und ein Produktionsspiegel eingesehen werden kann. Seit kurzem wird zusätzlich ein Newsletter verschickt, der über die Aktivitäten der Unternehmen informiert. An-

reas Vogel sieht seine Aufgabe auch in der Weiterbildung und im Coaching der mittelständischen Firmen, die – neben den Großen – die tragende Säule des Standorts bilden. Fünf von ihnen erhielten bereits konkrete Unterstützung bei aktuellen Problemen, sei es beim Ausfüllen von Förderanträgen oder dabei, einen Kreditantrag zu begleiten. Konkrete Hilfe erhalten die kleineren Firmen zusätzlich durch die Workshops von Pro Babelsberg. Zum Themenkomplex Banken, aber auch zu Vermarktung und Erlöse wurden bereits mehrere Seminare abgehalten.

Andreas Vogel bewertet die Zukunft des Medienstandorts Babelsberg positiv. Nicht nur die Mischung zwischen Film und Fernsehen sei gut und wichtig, auch die Qualität und die Zuverlässigkeit der angebotenen Dienstleistungen werde im In- und Ausland geschätzt. Dies sei ein klarer Standortvorteil auch gegenüber osteuropäischen Konkurrenten.

**Silke Leuckfeld**

Vor 100 Jahren wurde er geboren als Neftali Ricardo Reyes y Basualto, doch die Welt kennt ihn, den großen Dichter Lateinamerikas, unter dem selbstgewählten Namen Pablo Neruda (12.7.1904 – 24.9.1973). Der Berliner Verband deutscher Schriftsteller (VS) hatte mit der Frage eingeladen: Was bleibt? zu einem stimmungsvollen literarisch-musikalischen Abend. Ein Wehrmuts-tropfen fiel in den Becher: Es fehlte sehr Joachim Meinert, Nachdichter und Herausgeber (ehemals bei Volk und Welt), dem ein Gruß ins Krankenhaus gesandt wurde. Für ihn sprang VS-Vorsitzender Prof. Horst Betschky moderierend ein. Er tat dies unkonventionell locker, so dass keine unangebrachte Andacht aufkommen konnte bei der Hommage für den Weltfriedens- und Nobelpreisträger, den wortgewaltigen Dichter des „Großen Gesangs“, des „Aufenthalts auf Erden“, der Biographie „Ich bekenne, ich habe gelebt“.

Natürlich, man ehrt einen Poeten am besten mit dessen Versen.

# Gedichte, die blieben

Bewegende VS-Lesung zu Pablo Nerudas 100. Geburtstag



Illustration: Harald Kretzschmar

Sie wurden gelesen von Christiane Grosz, Felix Huby und Anja Tuckermann: Liebesgedichte – in Lateinamerika ist Neruda der Dichter der Liebe – und auch viele Strophen, die seinen heimatli-

chen Kontinent besingen, wie die „Ode an die Kartoffel“ oder „Der Berg und der Fluß“. Den Zyklus „Spanien im Herzen“ hat er den Kämpfern für Spaniens Freiheit 1936/37 gewidmet, daraus der Vers: „Ihr fragt, warum seine Dichtung/uns nichts von der Erde erzählt, von den Blättern,/den großen Vulkanen seines Heimatlandes?/Kommt, seht das Blut in den Straßen,/...

kommt, seht doch das Blut/in den Straßen!“

Manche Zeile verschluckte der Straßenlärm vor der Galerie. Chancenlos war er aber gegen Cirilo Adriaola. Er, selbst Chile-

ne, sang vertonte Gedichte zur Gitarre, in dem volltönenden Spanisch Nerudas – da war der Dichter greifbar im Raum.

Manche Zeile aus der Fülle hätte man gern im Gedächtnis behalten, also hilft, zum Buch zu greifen. Wer nicht die älteren Ausgaben mit den Übertragungen von Arendt und Hermlin besitzt, konnte aus dem Angebot der Büchergilde auswählen, die mit einem besonderen eigenen Band zum Hundertsten aufwartet. Daneben gibt es eine Reihe Bände von Luchterhand und DVA.

Es war ein Leseabend, bewegend und erfreuend, wofür dem VS zu danken ist.

PS: Joachim Meinert sieht unterdessen guten Mutes seiner Rehabilitationskur entgegen.

**Annemarie Görne**

# Solibasar in 9. Auflage

## Polit-Talker: Entwicklungshilfe verdreifachen

Fünzig Verlage, Redaktionen, Buchhändler und Hilfsorganisationen präsentierten sich am 28. August auf dem Berliner Alexanderplatz zum neunten Nachwende-Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten. An 63 Ständen hatten Redaktionen und Verlage – mit dabei u.a. Freitag, Das Magazin, Neues Deutschland, taz, junge Welt, Dietz, edition ost und Eulenspiegel-Verlag sowie die Stiftung Warentest – ihre Erzeugnisse präsentiert. Ein über den Tag laufendes musikalisches Bühnenprogramm mit Künstlern aus Asien, Afrika und Lateinamerika fand viel Anklang bei den mehr als 10 000 Basar-Besuchern.

Beim traditionellen Polit-Talk diskutierte Schirmherrin Margret Mönig-Raane, stellv. ver.di-Bundesvorsitzende, mit Petra Pau (PDS), Hans-Christian Ströbele (Grüne) und Prof. Peter Waller (SPD) die Frage, ob Politiker Getriebene oder Gestalter der Globalisierung sind. Die Globalisierung habe mit der Kolonialisierung begonnen, meinte Ströbele, die Imperialisten hätten sie fortgesetzt, und sie werde auch heu-



Fotos: transitiv. Polentz

Musik aus Nicaragua mit Sängerin Tanja Miranda

te „von den großen Konzernen vorangetrieben“. Es sei der Politik „bisher nicht gelungen, der Wirtschaft in dieser Frage Zügel anzulegen“. „Teilen“ sei das notwendige Prinzip, meinte die ver.di-Vize-Vorsitzende, es gelte im globalen, aber auch im nationalen Maßstab. Den „Blick über den Tellerrand“ forderte auch Petra Pau, die sich gegen die Vorstel-

lung wandte, Globalisierung als einen schicksalhaften Prozess zu sehen, dem sich die Politik nur unterwerfen könne. Auch im neuen Bundeshaushalt bleibe der Umfang der Entwicklungshilfe hinter der EU-Vorgabe zurück. Der Grünen-Politiker meinte, die von Deutschland geleistete Entwicklungshilfe müsse „verdreifacht werden“. **neh**

## Schafe und Wohlstand

### Erlöse helfen Bauern in Nicaragua

Nicaragua ist, nach Haiti, das ärmste Land Lateinamerikas. Auch in dem etwa 400 Quadratkilometer großen Gebiet San Rafael del Sur müssen die Menschen mit rund einem Dollar pro Tag auskommen. Hilfe erhält die Landbevölkerung der Region seit 1984 durch den Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Kreuzberg – San Rafael del Sur e.V., dem diesjährigen Partner des Solibasars. Die eingenommenen Spenden in Höhe von 10.000 Euro werden für ein neues Projekt ausgegeben. Unter anderem sollen 300 Schafe für die Bauern gekauft werden. „Jede Familie erhält fünf Schafe und einen Schafbock“, erklärt Heike Krieger, Vorsitzende des Vereins. Sobald die

Tiere ausreichend Junge haben, geben die Familien sie an andere Bedürftige weiter. Mit diesem Schneeballsystem war der Verein in der Vergangenheit bereits sehr erfolgreich. „Wir haben mit hochwertigem Saatgut ein ähnliches Projekt durchgeführt“, erzählt die Vorsitzende. Aktuell sind jetzt auch der Aufbau einer Gemüseproduktion, die Installation von kleinen Bewässerungsanlagen, aber auch die fachspezifische Fortbildung der Betroffenen vor Ort und die Vermarktung der Produkte in der Region geplant.

Für das Gesamtprojekt erhält der Verein Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. In den aufzubringenden Eigenan-

teil in Höhe von 25.000 Euro fließen die Einnahmen aus dem Solibasar, aber auch weitere Spenden. Die Finanzierung für das Projekt sei gesichert, betonte Heike Krieger. Weitere Informationen: [www.staepa-berlin.de](http://www.staepa-berlin.de) **sil**

DJU-  
EHRENMITGLIED

### Mumia Abu-Jamal weiter im Todestrakt

Nachdem im Jahr 2001 das Todesurteil gegen den Journalisten Mumia Abu-Jamal ausgesetzt wurde, war es ein wenig still um das internationale Bündnis geworden, das für seine Freilassung kämpft. Dennoch sei er nicht in Sicherheit, die Staatsanwaltschaft in den USA habe beantragt, das Todesurteil erneut in Kraft zu setzen, erklärte Sabine Schubert am Stand des Berliner Aktionsbündnisses. „Er ist im April 50 Jahre alt geworden, davon hat er 22 Jahre im Todestrakt von Pennsylvania verbracht.“ Mumia, der Ehrenmitglied der dju Berlin-Brandenburg in ver.di ist, wurde im vergangenen Jahr zudem Ehrenbürger von Paris. Stellvertretend für ihn nahm die amerikanische Bürgerrechtlerin Angela Davis die Urkunde in der französischen Hauptstadt entgegen. „Es ist natürlich sehr gut, dass Angela Davis – selbst ein Opfer US-amerikanischer Justiz und vor 30 Jahren freigeekämpft – sich an die Spitze der Bewegung für Mumia gestellt hat“, betonte Schubert. Mumia Abu-Jamal wurde mit fragwürdigen Beweisen für einen Mord an einem Polizisten verurteilt. Sein neuer Anwalt kämpft für eine Wiederaufnahme des Verfahrens.

**sil**

Das Berliner Aktionsbündnis sucht Mitstreiter und Unterstützer. Weitere Informationen: Tel. 030-29002207, E-Mail: [trillian2@freenet.de](mailto:trillian2@freenet.de), [www.stimmenfuermumia.de](http://www.stimmenfuermumia.de), [www.mumia.de](http://www.mumia.de).

## ALTE DRUCKKUNST AUF DEM ALEX

Einen kleinen Einblick in die Druckkunst längst vergangener Tage gab Thomas Wipprecht am Stand des Bodoni Museums. Mit einer etwa 80 Jahre alten Maschine und Bleisatzschriften aus den 20er Jahren zeigte er, wie zu früheren Zeiten gedruckt wurde. Das Bodoni Museum hat die alte Winckeldruckerei übernommen und instandgesetzt. Zu sehen sind dort Maschinen, Druckutensilien und Dokumente aus der langen Geschichte der Buchdruckkunst. Weitere Informationen: [www.bodoni.org](http://www.bodoni.org). **sil**



# Die Schwarzarbeiter auf der Bühne

Schauspieler und andere künstlerische Beschäftigte in der Falle von Hartz IV

**Seit geraumer Zeit servieren private Fernsehsender Doku-Soaps, in denen Arbeitsamtsfahnder Schwarzen Schafen auf dem Bau und in der Gastronomie auf der Spur sind. Doch welcher Zu-**

„Gerade bei kleinen privaten Produktionen und bei Off-Theatern ist es üblich, dass das Arbeitsamt ungewollt die Kultur subventioniert“, erklärt Karsten Sommer\*. Der Schauspieler kennt das Problem aus eigenem Erleben. Ehemals war er an einem staatlichen Theater fest angestellt und hat deshalb Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Wird er jetzt für ein Stück einer freien Produktion engagiert, sind die Gagen in der Regel extrem niedrig. Steuern und Sozialabgaben muss er davon noch selbst abführen. Erhält er für sein Engagement zum Beispiel 500 Euro, meldet er sich lediglich für die Tage beim Arbeitsamt ab, die er sichtbar auf der Bühne steht. Tatsächlich arbeitet er für die Rolle oft mehrere Wochen. Proben, Besprechungen mit dem Regisseur, dem Kostümbildner und natürlich auch die Zeit, die er benötigt, um seinen Text zu lernen, gibt er nicht an.

Wenn zum Jahreswechsel mit Hartz IV Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden, könnte er – ebenso wie viele seiner Kollegen – in Erklärungsnotstand geraten. „Wenn ich gezwungen werde, einen Ein-Euro-Job anzunehmen, aber eigentlich zur Probe gehen muss, weiß ich nicht, wie ich das vereinbaren soll“, sagt Karsten Sommer.

**Nur das angeben,  
was man sieht?**

Hartz IV hält weitere Fallstricke für Schauspieler, aber auch Kostümbildner, Cutter und Kameraleute bereit. Fernsehproduktionen sind gesetzlich verpflichtet, diese Mitarbeiter für die Drehtage fest anzustellen. Gleiches gilt auch, wenn sie von staatlichen Bühnen beschäftigt werden. Die Künstler arbeiten dann auf Lohnsteuerkarte und zahlen Sozialabgaben wie jeder andere Arbeitnehmer. Bisher mussten sie, um einen Anspruch auf Arbeitslosen-

geld zu erwerben, in drei Jahren 360 sozialversicherungspflichtige Kalendertage angestellt nachweisen. Künftig müssen die 360 Tage aber in zwei Jahren erreicht werden. „Selbst in drei Jahren

**Keine reale Chance  
auf Leistungen**

hat dies bisher kaum ein Schauspieler geschafft“, sagt Johannes Klapper von der Zentralen Bühnen-, Fernseh- und Filmvermittlung (ZBF) in Köln. Für die Betroffenen eine klare Ungerechtigkeit: Sie sind gesetzlich verpflichtet, in die Arbeitslosenkasse einzuzahlen. Eine reale Chance, dadurch Leistungen zu beziehen, haben künftig aber nur noch die wenigen „Stars“, die eine der begehrten Serienrollen ergattert haben oder ansonsten so gefragt sind, dass sie 360 Beschäftigungstage in zwei Jahren locker erreichen. Zwischen zwei Engagements melden sich die meisten von ihnen bei der Arbeitsagentur und beziehen teilweise sogar den Höchstsatz der Leistungen. Auch wenn dies des öfteren in der Boulevardpresse kritisiert wurde – es ist ihr gutes Recht. Sie haben einen Anspruch erworben.

Wie viele Schauspieler die notwendigen 360 Tage bisher nachweisen konnten und dies künftig nicht mehr schaffen dürften, ist übrigens nicht bekannt. „Dazu gibt es keine Statistik“, sagt Johannes Klapper von der ZBF. Sämtliche Außenstellen der Agentur für Arbeit müssten dazu diese künstlerischen Berufsgruppen aus ihren registrierten Arbeitslosen herausfiltern.

Karsten Sommer würde übrigens gern auf die Abhängigkeit durch das Arbeitsamt verzichten. „Ich habe überlegt, ob ich mich als freier Schauspieler selbstständig mache“, sagt er. Er wollte bei der Arbeitsagentur dafür sechs Monate Überbrückungsgeld beantragen. Ein Beratungsgespräch brachte für ihn die große Ernüch-

**schauer, der gelegentlich seinen Fernseh- gegen einen Theatersessel tauscht und eine kleine Bühne besucht, käme auf die Idee, auch dort könnte das Thema Schwarzarbeit existieren?**

terung: „Wird das Überbrückungsgeld gewährt, kann ich in den sechs Monaten nicht mehr für staatliche Theater oder Film- und Fernsehproduktionen arbeiten“, stellte er fest. „Denn dort muss ich fest angestellt werden.“ Dadurch würde sofort sein Anspruch auf das Überbrückungsgeld erlöschen – er säße anschließend wieder in der Falle von Hartz IV. Er müsste nicht nur seine Vermögensverhältnisse offen legen und eventuell in eine kleinere Wohnung umziehen. Auch seine Gage, die er erhalte, wenn er zwischendurch von einer freien Produktion engagiert wird, würde natürlich angerechnet. Bei einem Honorar von bis zu 400 Euro darf er davon 15 Prozent und bei 1000 Euro bis zu 30 Prozent behalten. „So wurde es mir beim

Arbeitsamt erklärt, aber ganz genau wissen es die Mitarbeiter dort auch noch nicht“, sagt Sommer. Fest steht schon jetzt: Zumindest die Schwarzarbeit wird dadurch neuen Auftrieb erhalten. Sein Hinweis, die Gage sei zu niedrig, davon könne er nicht leben, wurde ihm von einem Pro-

**Soll tricksen ganz  
normal werden?**

duzenten bereits mit dem Satz quittiert: „Dann melden Sie sich doch einfach nicht ab beim Arbeitsamt.“

**Silke Leuckfeld**

Weitere Informationen zu Hartz IV für Künstler: <http://www.kunstundkultur-online.de/titelthema.html>  
\* (Name von der Redaktion geändert)

## ANZEIGE

**AOK - Die Gesundheitskasse  
für das Land Brandenburg**

### **Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg**

**Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?**

**Rufen Sie uns an!**

**Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg**  
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow  
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513  
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: [joerg.trinogga@brb.aok.de](mailto:joerg.trinogga@brb.aok.de)  
Internet: <http://www.aok.de>

**AOK**  
Die Gesundheitskasse.

Zum Thema „Nebensache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland“ organisierte der ver.di-Landesbezirk am 21. und 22. September Diskussionsveranstaltungen mit dem Sozialwissenschaftler und Autor Prof. Rainer Roth aus Frankfurt/Main. Ursachen, Folgen und Alternativen zur gegenwärtigen Krise des Sozialstaats standen dabei im Mittelpunkt. So wurde zum gesetzlichen Mindestlohn, einem garantierten Mindesteinkommen, zu Arbeitszeitverkürzung und Steuerforderungen sowie der Lage der Sozialversicherung debattiert. Helma Nehrlich sprach mit dem Referenten, der Mitglied des Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne ist.

*Wenn national und weltweit durch steigende Produktivität die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt, wird der Mensch immer mehr zur Nebensache. Ist das unausweichlich?*

**R. R.:** Menschen waren und sind als Arbeitskräfte im Wesentlichen nur Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung, insofern also Nebensache. Je weniger Arbeitskräfte von denen gebraucht werden, die an der Nutzung der Arbeitskraft verdienen, desto mehr Menschen werden überflüssig. Das ist einerseits unausweichlich, weil es der Logik der Kapitalverwertung entspricht. Andererseits auch wieder nicht, weil es von Menschen gemachte „Gesetze“ sind. Die, die „überflüssig“ werden, setzen sich ja auch für andere Ziele ein, z.B. für Arbeitszeitverkürzung oder eine anständige Grundsicherung.

*Ich möchte, dass meine Kinder nach ihrer Ausbildung Arbeit finden, möchte selbst gern mit 60 in Rente gehen und hätte auch nichts dagegen, wöchentlich etwas weniger zu arbeiten. Illusorisch, möglicherweise auch egoistisch, keinesfalls aber realistisch. Oder?*

**R. R.:** Die Forderung nach Senkung des Rentenalters auf 60 halte

ich vollkommen für berechtigt. Auch im Ringen um eine Senkung der Arbeitszeit müsste viel mehr getan werden, weil der erreichte Stand der Produktivität das eigentlich auch zulässt. Illusorisch erscheinen solche Forderungen nur deshalb, weil etwa die Rentenversicherung durch Arbeitslosigkeit, hohe Produktivität und durch die Tendenz zu Lohnsenkungen immer mehr unter Druck geraten ist. Eine Lösung in den Augen des Kapitals ist deshalb die Verlängerung, nicht die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Obwohl eine Verringerung auf Basis gesteigerter Produktivität genau so möglich wäre wie auch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Egoistisch ist das nicht, weil es den Interessen der meisten LohnarbeiterInnen entspricht, nicht bis zum Alter von 70 arbeiten zu müssen, so weit gehen die Vorstellungen von Arbeitgeberverbänden inzwischen. Hier prallen gegensätzliche Interessen aufeinander.

*Die Regierungskoalition wiederholt gebetsmühlenartig, dass es zur Agenda 2010 keine Alternative gäbe. Entspricht das der Wahrheit?*

**R. R.:** Schon, allerdings wiederum in den Augen des Kapitals. Für die Unternehmer ist Lohn-, Steuer-



## Hier prallen Inter

### Außer den Unternehmern gibt

und Sozialdumping ein Mittel, um den Folgen der gegenwärtigen Krise entgegenzuwirken. Es ist die schärfste Krise der Nachkriegszeit, die Profitraten sind erheblich gefallen. Man versucht also auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung, sich

aus dem selbsterzeugten Sumpf wieder herauszuziehen. Was hieße echte Alternative? Unser Bündnis fordert nicht etwa, dass die Regierung eine andere Politik machen oder dass die SPD-Führung einen Kurswechsel vollziehen sollte. Das

## SCHLAG NACH BEI ROTH

„Vielfach als Standardwerk bezeichnet, und das zu Recht“ heißt es bei [www.labournet.de](http://www.labournet.de).

Das Buch ist ein Wälzer: Auf 600 Seiten untersucht Rainer Roth die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Da der Autor kein Ökonom ist, sondern Sozialwissenschaftler, richtet er den Fokus auf die Menschen im Arbeitsprozess. Er beleuchtet sein Thema in drei Kapiteln – im ersten nimmt er alle uns wohlbekanntesten Argumente un-



ter die Lupe, wonach Arbeitslose selbst schuld sind: zu faul, zu alt, zu jung, mit Kinderwunsch, wohlbestallt durch Sozialhilfe usw. Er belegt, dass vermeintliche Minderleister aussortiert werden, weil der erwirtschaftete Profit der alleinige Maßstab für die Unternehmen ist. Von daher der Titel des Buches: „Nebensache Mensch“.

Im Mittelteil stellt der Autor die dank technischer Revolution rasant

steigende Produktivität auf den Prüfstand. Von 1991 bis 2000 stieg sie in Deutschland um 73,1 Prozent, mehr als je zuvor. Statt Arbeitszeiten zu kürzen, wurden in der Folge Arbeitskräfte in großer Zahl freigesetzt, eben arbeitslos.

Nach der Untersuchung von R.R. führt die steigende Produktivität zum Fall der Profitraten; „es ist das Kapital selbst, das ... seine rentable Verwertung immer mehr untergräbt“.

Gegenstand des dritten großen Abschnitts sind die verschiedenen Varianten, die vom herrschenden

Wirtschaftssystem genutzt werden, um seinen Problemen bei der Kapitalverwertung zu entkommen. Die Krise der Sozialversicherungen, die Krise der Staatsfinanzen, die gelungenen Versuche, Vorsorgeleistungen massiv abzubauen, soziale Risiken zu privatisieren – wir erleben sie täglich. Die tiefotende Offenlegung der Hintergründe auf der Basis von offiziellen Zahlen, macht viele Argumente, die von Politik und maßgebenden Medien gebetsmühlenartig verbreitet werden, durchsichtig und verweist sie ins Reich der Zwecklügen.





## essen aufeinander

### es keine Gewinner bei Hartz IV

kann sie nicht. Wir formulieren vielmehr das, was wir für notwendig halten, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten.

*Und die Behauptung, es gäbe etliche Gewinner von Hartz IV, etwa*

*R.R. engagiert sich mit seinem Buch vehement dafür, dass der Mensch die Hauptsache werden muss, wie das Schlusskapitel überschrieben ist. Noch sind alternative Vorschläge allgemein rar – aber eine Streitschrift wie diese, die ihre fundierte Meinung in unakademischem Stil gut verständlich darlegt, kann aufklärerisch wirken und zur Diskussion aufrufen.*

**Annemarie Görne**

**Rainer Roth: Nebensache Mensch, Arbeitslosigkeit in Deutschland. 2003. 608 Seiten. Umfangreiches Register. DVS Frankfurt /M., 15 Euro, ISBN 3-932246-39-X.**

*die Sozialhilfeempfänger – wie sehen Sie die?*

**R. R.:** Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag tritt für eine Senkung der Sozialhilfe um 25 Prozent ein, und das hat man auch in der Bundesregierung überlegt. Rot-Grün ist dem so nicht nachgekommen, hat aber auf versteckte Art das Sozialhilfeniveau gesenkt. Da die Sozialhilfe eine Art Mindestlohn definiert, dienen Absenkungen der Sozialhilfe letztlich dazu, das Lohnniveau zu senken und die Profite zu erhöhen. Die Sozialhilfe wird gesenkt, indem immer mehr in den sogenannten Eckregelsatz hineingepackt wird, was vorher nicht drin war, also zusätzlich gewährt wurde. Zum Beispiel Wasserkosten oder Zuzahlungen zu Gesundheitsleistungen. Einige Regelsätze sind auch real gekürzt worden, zum Beispiel die für Kinder zwischen 7 und 17 Jahren. Die Unterkerntleistungen können künftig pauschaliert werden, so dass sie die realen Kosten nicht mehr unbe-

dingt decken. Die neu eingeführte Pauschale für einmalige Beihilfen liegt auch niedriger als der Gesamtbedarf, der vorher möglich war. Das alles sieht man aber nicht, weil formell eine Erhöhung des Regelsatzes stattgefunden hat. – Die Argumentation der Regierenden, diejenigen, die jetzt gegen Hartz IV protestieren, demonstrieren gegen Sozialhilfeempfänger, ist demagogisch. Nicht einmal die gewinnen bei Hartz IV.

*Sie sind eingeladen worden, auf der bundesweiten Demonstration am 2. Oktober zu sprechen. Losungen wie „Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV“ finden jedoch nicht Ihre Billigung. Warum?*

**R. R.:** Die Agenda 2010 steht ja selbst unter der Überschrift sozialer Gerechtigkeit. Die Regierenden meinen, dass z. B. „gerecht ist, was in Arbeit bringt“. Das bedeutet, dass Arbeit für jeden Lohn, auch einen noch so niedrigen, für gerecht gehalten wird. Das halte ich für völlig unakzeptabel.

Ich bin natürlich sehr für Proteste, finde es aber bedauerlich, dass am 2. Oktober unter einer solchen Losung demonstriert wurde. „Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV“ suggeriert, dass etwa eine „angemessene Besteuerung großer Konzerne und Kapitalgesellschaften“ – so eine der moderaten Forderungen – soziale Gerechtigkeit herstellen würde. Seit Anfang der 90er Jahre sind die Gewinnsteuern teilweise halbiert worden. Sie geringfügig wieder anzuheben, hätte mit Gerechtigkeit noch nicht annähernd etwas zu tun. Ich halte entgegen: Gewinnsteuersenkungen tragen zum Sozialabbau bei, zum Bildungs- und zum Personalabbau im Öffentlichen Dienst.

*Weder die Parteien noch die Gewerkschaften sammeln gegenwärtig eindeutig die Kräfte des Widerstandes gegen den Sozialabbau. Mischt sich das Kräftespektrum etwa neu?*

**R. R.:** Die DGB-Führung hat sich gegen Proteste ausgesprochen, vor allem gegen eine zentrale Demonstration. Sie arbeitet daran, Hartz IV umzusetzen, bestenfalls noch mit kosmetischen Operationen. Meiner Meinung nach muss ein Gesetz, das auf Lohndumping aus ist, generell abgelehnt werden. Kräfte, die dieses Interesse vertreten und formulieren, die gibt es. Man sollte sie stärken, in regionalen Bündnissen und Netzwerken.

## AKTIONSBÜNDNIS

### Frankfurter Appell gegen Sozialabbau

*Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab. Wir wollen und werden nicht hinnehmen,*

- dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen für Arbeitslose, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer weiter ausgehöhlt und beseitigt werden und
- dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird.

*Arbeit um jeden Preis ist für uns nicht zumutbar.*

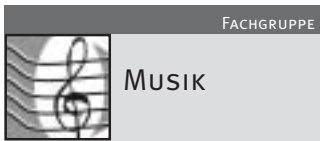
*Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaut öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können ... Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst. Wir fordern*

- einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht,
- ein ausreichendes, garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge
- eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung
- die Rücknahme der Gewinnsteuersenkung und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- den uneingeschränkten Zugang zu den und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kulturinstitutionen
- keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen
- massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

*Dazu gibt es für uns keine Alternative. Siehe: [www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de](http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de)*

# Abendschule für Kinder?

## 3. Berliner Musikschultag mit guter Publikumsresonanz



FACHGRUPPE

MUSIK

Zum dritten Mal in Folge haben am 19. September die Berliner Musikschulen ihren jährlichen Musikschultag im Roten Rathaus veranstaltet. Die Fachgruppe Musik war bei der Organisation durch ihren Vorsitzenden und im Wappensaal mit einem Informationsstand vertreten. Nahezu alle Musikschulen haben auch diesmal in vier Stunden ein buntes und künstlerisch hochkarätiges Programm angeboten und sich an Info-Tischen vorgestellt. Die Darbietungen der Kinder und Jugendlichen verschiedener Nationalitäten reichten von Klassik bis Jazz und Folklore, von Tanzgruppen bis Orchester und Oper. Mit rund 1500 Besucher/innen hat die Veranstaltung weit mehr als einen Achtungserfolg errungen.

Die Podiumsdiskussion im Wappensaal stand unter dem Motto „Musikschule als Abendschule für Kinder?“ – Chancen und Pro-



Foto: Fachgruppe

Stefan Gretsch, Alice Ströver u. a. im Disput, der Senat fehlte

bleme der Zusammenarbeit von Musikschule und Ganztagschule. Es diskutierten Christian Höppner (Generalsekretär des Deutschen Muskrates), Alice Ströver (kulturpolitische Sprecherin Fraktion B'90 /Grüne), Almuth Nehring-Venus (Bildungsstadträtin in Pankow, PDS), Annette Indetzki

(Vorsitzende des Musikschulbeirates), Stefan Gretsch (ver.di Fachgruppe Musik) und Kristina Schneider (Gesamtelternvertreterin).

Einigkeit bestand in der Feststellung, dass die Integration von Musikschulangeboten in den Ganztagsbetrieb der allgemeinbildenden Schule für alle eine

Chance zur Verbesserung der musikalischen Bildung der Kinder bietet. Es wurde allgemein kritisiert, dass trotz des Starts zum Schuljahr 2004/2005 weder die Personalfinanzierung noch die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Kooperation bisher geregelt worden sind. Wie werden die Kernangebote der Musikschule (Einzel-, Ensemble- und Kleingruppenunterricht) geschützt, wenn die Kinder nachmittags zeitlich und räumlich an ihre Schulen gebunden sind? Wer bezahlt die Angebote der Musikschule? Diese und andere Fragen harren noch ihrer Beantwortung. So darf beispielsweise die Finanzierung nicht zu Lasten des bestehenden Angebots der Musikschule gehen, Räume für den Einzelunterricht müssen weiterhin gestellt werden. Die Fachgruppe Musik setzt sich für den Abschluss von Rahmenvereinbarungen ein, wie sie in NRW, Rheinland-Pfalz und neuerdings auch in Brandenburg getroffen wurden. Konzeptuelle Vorschläge der Fachgruppe sind in Arbeit.

Bleibt zu hoffen, dass die auf dem Podium fehlenden Vertreter des (Schul-)Senats und der allgemeinbildenden Schule die Botschaft hören und sehr bald im Dialog mit dem Musikschulbeirat für konstruktive Lösungen sorgen werden. **Stefan Gretsch**

### ■ KÜNDIGUNGEN IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Die Musikschule Charlottenburg-Wilmersdorf hat zum 30. September 30 freien Mitarbeiter/innen ohne Vorwarnung die Honorarverträge gekündigt. Gründe wurden nicht genannt. Da es sich aber um Verträge mit geringen Stundenkontingenten handelt, ist davon auszugehen, dass die Geringfügigkeit der eigentliche Grund ist. Es mag in einzelnen Fällen vielleicht zutreffen, dass die betroffenen Kolleg/innen aufgrund der wenigen Stunden nicht genügend in das Musikschulgeschehen eingebunden waren. Auch an anderen Musikschulen wurden deshalb in der Vergangenheit solche Kündigungen vorgenommen. Die Charlottenburger Spezialität besteht jedoch darin, dass mit den Lehrkräften

nicht gesprochen wurde. Es wurde versäumt u.a. zu klären, ob die Geringfügigkeit der Beschäftigung freiwillig ist und ob der Status der Arbeitnehmerähnlichkeit durch die Kündigung gefährdet wird. Diese und andere Fragen hätten unter Einbeziehung der Betroffenen, der Fachbereichsleiter und der Lehrervertretung unbedingt im Vorfeld geklärt werden können und müssen. Die Fachgruppe Musik verurteilt diese Anlehnung an das berüchtigte Reinickendorfer „Modell“, in dem das Fehlen des Kündigungs- und Sozialschutzes für freie Mitarbeiter/innen schonungslos ausgenutzt wird. **StG**

### ■ BERLIN WIEDER IM VdM

Berlin ist wieder Mitglied im Verband der Musikschulen (VdM). Das Land Berlin hatte im Jahre 2001 die Mitgliedschaft der Berli-

ner Musikschulen gekündigt (das Sprachrohr berichtete). Daraufhin hatten sich die leitenden Pädagoginnen zu einer „Landesarbeitsgemeinschaft Berliner MusikschulleiterInnen“ (LAG) beim Landesmusikrat Berlin zusammenschlossen, um die Kontinuität der politischen Zusammenarbeit untereinander und im Musikschulbeirat gerade in der schwierigen Zeit der Budgetierungsdebatten zu gewährleisten. Seit dem 1. Juli 2004 kann nun auch die Mitarbeit und Vertretung im VdM wieder wahrgenommen werden. Allerdings sind auf Bundesebene die bezirklichen Musikschulen nun nicht mehr einzeln, sondern als Land Berlin mit einer einzigen Stimme vertreten. Wer diese Stimme erheben wird, ist noch nicht geklärt. Auch ist noch offen, ob die LAG wieder den Status eines ordentlichen Landesverbandes Berlin (LVdM) erhalten wird. **StG**

### ■ MUSIKSCHULBEIRAT

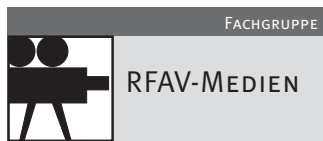
Der langjährige Vorsitzende des Musikschulbeirates (MSB) und Präsident des Landesmusikrates, Christian Höppner, ist zum Generalsekretär des Deutschen Muskrates (DMR) gewählt worden. Wir gratulieren!

Aus diesem Grunde trat er aber vom Amt des Beiratsvorsitzenden zurück und wurde am 1.9.2004 vom Beirat feierlich verabschiedet. Senator Böger hatte entgegen seiner ursprünglichen Zusage für die Verabschiedung Christian Höppners leider keine Zeit gefunden.

Im Anschluss an die Feier wurde Annette Indetzki einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie ist die Leiterin der Musikschule Treptow-Köpenick und ebenfalls seit vielen Jahren Mitglied des Musikschulbeirates. Die Stellvertretung liegt unverändert bei Stefan Gretsch. **StG**

# Strafaktion beim RBB

Kritiker und Gewerkschafter sollen mundtot gemacht werden



Gut ein Jahr nach der Fusion von SFB und ORB scheint es der Geschäftsleitung des RBB eklatant an Souveränität im Umgang mit Kritik zu mangeln. Wer gegen das Gebot „Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing“ verstößt, muss damit rechnen, nicht mehr beschäftigt zu werden. Freie, die sich nicht ducken, müssen um ihre Existenz fürchten.

Weil gerade eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt die „offene Debatte braucht wie die Luft zum Atmen“, hatte sich der Medienjournalist Günter Herkel vor allem im Fachdienst „epd Medien“ mehrfach kritisch über das neue Kulturradio geäußert. Im August bekam der langjährige freie Mitarbeiter des SFB den Auftrag, über das „Medienforum 2004“ zu berichten – für eben jenen von ihm kritisierten Sender.

Einen Tag vor dem geplanten Sendetermin am 28. August wurde Herkel jedoch mitgeteilt, dass auf Anweisung des Wellenchefs von Kulturradio, Wilhelm Matejka, der Beitrag aus dem Programm genommen worden war. Matejka begründet sein Vorgehen damit, dass er abwägen musste zwischen dem Bericht über eine Tagung, bei welcher Angelegenheiten des RBB und der ARD keine herausgehobene Rolle spielten, und der Ankündigung einer für den RBB bedeutsamen neuen Eigenveranstaltung. Ganz anders beurteilt Herkel den Vorgang: Ihm sei berichtet worden, dass der Beitrag unter ausdrücklichem Hinweis auf seine kritische Berichterstattung über die Kulturradio-Reform aus dem Programm gekippt worden sei. In Protestbriefen an Matejka und Hörfunkdirektorin Hannelore Steer wertete Herkel die Maßnahme als „Strafaktion gegen einen unbotmäßigen Kritiker der auch von der gesamten Fachöffentlichkeit verrissenen Reform“. Juristisch ist das Vorgehen von Matejka unan-

fechtbar, ungewöhnlich bleibt der Eingriff in die Programmgestaltung der Redakteure dennoch. „Aktuelle Änderungen gehören notwendig zur journalistischen Arbeit mit unserer Sendestruktur“, erläutert Matejka. Die Hörfunkdirektorin spricht in ihrer Replik auf Herkels Brief eine andere Sprache: Wenn sie an die von Herkel publizierten Berichte über den RBB denke, frage sie sich, warum dieser ein Interesse daran habe, seine Fachkompetenz in die Dienste des Hauses zu stellen. „Ich jedenfalls werde niemandem in unserem Hause empfehlen, die Zusammenarbeit mit Ihnen zu suchen“, endet Steer.

Obwohl das Geschehen noch im Redakteursausschuss erörtert wird, sieht Herkel für sich keine Zukunft mehr beim RBB: „Mein Fall ist erledigt, ich bin draußen.“ Der Schlusssatz von Steer enthalte ein ver Klausuliertes Arbeitsverbot beim RBB. Herkel sieht Parallelen zum „noch viel skandalöseren“ Fall Jürgen Schäfer. Schäfer hatte sich als Sprecher von rbbpro, der Freienvertretung im

## AKTION

### Solidarität mit Kuba

Der Hurrikans „Ivan“ hat im September auf zahlreichen Inseln und dem Festland in der Karibik Menschenleben gefordert und Verwüstungen angerichtet. Auch dank guter Vorsorge waren auf Kuba keine Todesopfer zu beklagen. Großer Sachschaden ist dennoch entstanden. Bei der Zusammenkunft der Seniorengruppe Funkhaus am 29. September entschlossen sich die Mitglieder spontan zu einer Sammlung, um zur Linderung der durch den Orkan verursachten Schäden beizutragen. Sie überwiesen 309 Euro auf das Konto Cuba Si, Kt.Nr. 00132 2210, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00).

E.H.

Sender, und als ver.di-Verhandlungsführer in der laufenden Tarifrunde für die Rechte der Freien eingesetzt. Im Juni bekam er die Nachricht, dass sein Beschäftigungsverhältnis aus „strukturellen Gründen“ nach Jahresablauf nicht verlängert werden könne.

Ute C. Bauer

# Shrek lass nach!

Agenda 2010 im Visier von Karikaturisten

Der Steuerzahler wird wie eine Gurke über dem Hobel abgeraspelt, der Patient ausgewrungen wie ein Putzlappen, die Bildung wie Teig mittels Kuchenrolle platt gewalzt – 34 Eulenspiegel-Karikaturisten haben in der aktuellen Ausstellung „Vom Leben gezeichnet“ in der Medien Galerie die Agenda 2010 im Visier. Nach dem Erfolg der Karikaturenschau vor zwei Jahren ist der Galerierat in den beiden letzten Jahrgängen des Satireblattes „Eulenspiegel“ erneut fündig geworden. Durch das große ehrenamtliche Engagement der Galerieratsmitglieder, den guten Kontakt zur Redaktion und die schnelle, unkomplizierte Einwilligung der Zeichnerinnen und Zeichner kam wieder eine sehenswerte kleine Ausstellung zu-

stande, ergänzt durch eine Lesung des Eulenspiegelautors Ernst Röhl am 12. Oktober. Was die Könner der spitzen Zeichenfeder



zu Problemen, an denen die Gesellschaft krankt, und zum Programm, an dem sie gesunden soll, zu Papier gebracht haben, ist so vielschichtig wie ihr Stil. Ihre Identifikation allerdings bleibt schwierig, leider fehlen Namenshinweise. Nicht jeder schwingvolle Autograph auf den Zeichnungen ist eindeutig zuzuordnen. Auch eine kleine Einführung

Illustration: Manfred Bofinger



Nicht erschrecken vor Bofingers grünem Shrek in der Medien Galerie

zum Werdegang der Schau hätte die Sache abgerundet.

Das laute Lachen bleibt aus bei den Themen Alter, Armut, Sozialkürzung. Da werden Alte in die

„Seniorenklappe“ des Pflegeheimbesorgers entsorgt, wird der Obdachlose bei der Bitte um eine Spende belehrt, ob er wisse, wie viel er allein an Miete spare. Die Regeln, die der Boss seinen Mitarbeitern vorgibt – erstens: vor dem Gesetz sind alle gleich, zweitens: das Gesetz bin ich – erinnern sie nicht an Allmachtsfantasien mancher Manager jenseits des Betriebsverfassungsgesetzes? Auch die „kleine Wegzehrung“ ALG II, die auf der Suche nach dem nächsten Job ausgereicht wird und in eine Wüste voller Skelette führt, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. Rettung naht mit der Ich-AG: Anstatt der brandenburgischen Chip-Fabrik ist eine Kartoffelchippbude entstanden.

Kann man Karikatur erklären? Nein! Sollte man die Ausstellung sehen? Ja! Noch bis 29.10. in der Medien Galerie, 10965 Berlin, Dudenstr. 10, U-Bahnhof Platz der Luftbrücke, Mo.–Do. 12-19 Uhr, Eintritt frei.

Bettina Erdmann

# Sie war eine „ehrlische Haut“



Foto: privat

Gerda Szepansky (1925 – 2004)

Gerda Szepansky verstand sich als Teil einer dem Realismus verpflichteten Literaturströmung, die in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren im Interesse der Aufklärung eine breite Öffentlichkeit gewann. Speziell war es bei ihr die biografische Dokumentarliteratur, die Sachverhalte aufarbeitete, die eigentlich von Historikern, Soziologen, Psychologen

und von Publizisten veröffentlicht werden sollten. So errang sie u.a. mit dem Taschenbuch „Frauen leisten Widerstand 1933 – 1945“ einen großen Erfolg, den sie auch dadurch zu steigern wusste, dass sie es nicht bei erhofften Rezensionen beließ, sondern Ausstellungen zu dieser Thematik organisierte und mit diesen durch die ganze Bundesrepublik reiste. Ein anderes ihrer weit verbreiteten Taschenbücher hatte den Titel „Blitzmädel“, 'Heldenmutter', 'Kriegerwitwe'“.

Dass sie sich mit diesem Thema mehr indirekt als direkt in die Frauenbewegung einbrachte, lag auf der Hand. Aber sie setzte mit solchen Büchern gegenüber bloßen Wehklagen und Romantizismen auf Rationalität und Gesellschaftspolitik und wurde damit zu einem politischen Bestandsstück der Frauenbewegung.

Gerda Szepansky war, burschikos gesagt, so etwas wie eine ehrliche Haut. Sie verdiente sich



FACHGRUPPE

LITERATUR

überall den Respekt, auch wenn ich und viele Kollegen im VS Berlin (West) der 80er Jahre ihre politische Meinung, u.a. im Blick auf die Grass-Engelmann-Debatte über die Forderung nach „Wiederzulassung“ „eines“ oder „des“ von General Jaruzelski aufgelösten polnischen Schriftstellerverbandes nicht teilten. Sie war eine konsequente Antifaschistin und fuhr zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes zu den Friedenskundgebungen nach Osteuropa, z.B. Budapest. Vielleicht war sie auf dieser Ebene ihrerseits romantisch. Für sie war der „real existierende“ Sozialismus die nicht weiter hinterfragte richtige gesellschaftliche Alternative. Aber sie war zur gleichen Zeit so liberal, andere Meinungen darüber zu

## ANTHOLOGIE

### 30.11.: Die letzte Chance für Spötter

Wer noch einen Beitrag für die Anthologie zum Thema „Berlin, wie es spottet und lacht“ liefern möchte, sollte sich sputen. Texte können noch bis zum 30. November 2004 eingesandt werden. Danach ist nichts mehr möglich.

Nähere Informationen zu Umfang, Vertragsmodalitäten u.ä. sind dem Sprachrohr Nr. 02/2004 zu entnehmen oder in der Geschäftsstelle unter Tel. 030-8866-5403, per Fax 8866-5934 oder per Mail: anke.jonas@verdi.de zu erfragen.

tolerieren und Fehler des Sozialismus einzugestehen. Sie war keine Fanatikerin. Das verschaffte ihr Würde und den wechselseitigen Respekt unter den Autoren und in der Gesellschaft. Ihre vielen Bücher werden bleiben.

**Olav Münzberg**

# Einem „notorischen Optimisten“ zum 70.

Wer den Schriftsteller Helmut Routschek im Lexikon sucht, sucht vergebens. Der geschätzte Science-fiction-Autor veröffentlicht seit 35 Jahren unter dem Pseudonym Alexander Kröger. So kennt ihn eine große Lesergemeinde wissenschaftlich-phantastischer Romane, die mittlerweile die Zweimillionen-Grenze überschritten haben dürfte.

Routschek, 1934 in Zarch im heutigen Tschechien geboren, lebt seit Jahrzehnten in Cottbus. Er studierte an der Bergakademie Freiberg, promovierte später zum Dr.-Ing., trug u.a. im Kombinat

Schwarze Pumpe Verantwortung für die Energiewirtschaft der DDR und arbeitete ab 1989 als Verwaltungsangestellter in Cottbus. Seinen ersten Roman, „Sieben fielen vom Himmel“ verfasste er 1969. Antrieb zum Schreiben war „die ungeheure Widersprüchlichkeit in der Menschheit, z.B. Rüstungsetat/Hunger.“ Als Lebensmaxime galt ihm seitdem: „Das Wenige, das ich habe und kann, optimal zu nutzen.“ Er brachte das Kunststück fertig, neben aufreibender Berufstätigkeit Buch um Buch zu veröffentlichen, etwa „Antarktis 2020“, 1973, „Die Kri-

stallwelt der Robina Crux“, 1977, oder „Souvenir vom Atair“, 1985. Sein Gespür für die gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR schlug sich besonders in dem 1989 veröffentlichten Roman „Der Untergang der Telesalt“ nieder. Auch nach der Wende schrieb er weiter, etwa „Vermißt am Rio Tefé“, 1995. Dank der aufopferungsvollen Tätigkeit seiner Frau Susanne sind viele seiner Arbeiten im „Kröger-Vertrieb“ in Nach- und Neuauflagen lieferbar. Auf die Frage nach seinen Schwächen antwortete er einmal: „Ich bin notorischer Optimist und glaube an das Gute im Menschen.“ Diese Haltung wurde ihm oft nicht leicht gemacht. Seine ungewöhnliche Stasiakte, zu weiten Teilen veröffentlicht in der Publikation „Das Sudelfaß“, gibt Auskunft darüber, wie argwöhnisch seine Entwicklung als Autor und Energiefachmann verfolgt wurde. Nach der Pensionierung übernahm Helmut Routschek vor einem Jahr kurzfristig die vakante Leitung des Brandenburger Landesverbandes im VS. Er ist den



Foto: privat

Jubilar Helmut Routschek

Kollegen ein besonnener, engagierter Berater, seinen Lesern weiterhin ein treuer Begleiter.

Herzliche Gratulation und gute Wünsche für die Zukunft.

**Till Sailer**

Nach Redaktionsschluss: Der erstmals verliehene Literaturpreis des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg geht an Christoph Hein für seinen Roman „Landnahme“. Die Verleihung findet am 16. Dezember statt.

## INTERNATIONALE MASSNAHMEN

Auch im nächsten Jahr können wieder Fördergelder für

- Literarische Informationsreisen**
- Einladungen an Schriftstellerkolleginnen und -kollegen**
- Teilnahme an Kongressen und anderen Veranstaltungen**

von Mitgliedern des VS beantragt werden. Abgabetermin für Anträge ist der 10. November 2004.

Nähere Informationen in der Geschäftsstelle unter der Rufnummer 030-8866-5403 oder per Mail: anke.jonas@verdi.de

## TRÄNENPALAST

## Existenznot

Durch ein schlampiges Grundstücksgeschäft des Berliner Senats ist der Tränenpalast akut in seiner Existenz bedroht. Hintergrund ist ein Grundstücksverkauf an einen Investor, bei dem auch Land verkauft wurde, das Berlin nicht gehört. Sollten die Tränenpalast-Betreiber ihr Vorkaufsrecht nicht nutzen können, darf der Investor auch die Kulturstätte erwerben. Karsten Borsdorf vom Tränenpalast hofft auf Einsicht beim Senat und setzt auf Verhandlungen: „Sollten diese scheitern, scheuen wir auch den Klageweg nicht.“ **sil**

## carrousel wieder flott

## Finanzmittel und Entschuldung sichern eigenständige Bühne



Freude am carrousel-Theater an der Parkaue: Der Kampf und das Theater ums Theater haben sich gelohnt. Der Geldhahn wird nicht radikal zugedreht, die Weiterarbeit der staatlichen Kinder- und Jugendbühne als eigenständiges Theater ist gesichert. Der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat Ende September sowohl die Entsperrung

der Finanzmittel für 2005 beschlossen als auch den Ausgleich des unverschuldet aufgelaufenen Defizits von 5,2 Mio. Euro. Die schrittweise Entschuldung wird je zur Hälfte aus Mitteln des Finanz- und des Kulturhaushalts vorgenommen. Die jährlichen Zuschüsse für das Haus werden nur moderat zurückgefahren – von jetzt 5,2 auf 4,8 Mio. Euro bis zum Jahr 2011. Im Konzept von Kultursenator Thomas Flierl soll auch enthalten sein, dass das Land die Immobilie übernimmt, um die Bezirksfinanzen nicht weiter zu überfordern. Inzwischen wurde

auf einer Personalversammlung auch der neue Intendant für das carrousel vorgestellt, der 2005 das Amt von Manuel Schöbel übernehmen soll.

Das künstlerische Konzept des Nachfolgers, der selbst nicht inszeniert, ist dabei noch nicht klar geworden. Im Haus hofft man, dass mit dem Wechsel bereits angekündigte strukturelle und personelle Veränderungen in Zusammenarbeit mit dem Ensemble und unter weitgehendem Erhalt der schon stark reduzierten Belegschaft angegangen werden.

**red**

## Schaubühne: Beschäftigte helfen sparen

## Haustarifvertrag soll vorhandene Arbeitsplätze retten

Die kritische Finanzlage zwang Ende 2003 zu dramatischen Sparanstrengungen an der Schaubühne. Im Zweispartenhaus am Lehninger Platz wurde nach langwierigen Verhandlungen zwischen ver.di und der Theaterleitung jetzt mit einem „Kürzungs-Tarifvertrag“ befristeten Personalkosteneinsparungen zugestimmt. Obwohl die Gewerkschaft angeboten hatte, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verhandeln, akzeptierte das die Geschäftsleitung nur für die gewerblichen. Die tariflosen Angestellten und die Künstler konnten so nur mittelbar in die Regelung

einbezogen werden. Der Haustarifvertrag dient ausdrücklich der Unterstützung der Bühne und der Rettung der vorhandenen Arbeitsplätze. Es wurde vereinbart, dass alle Mitarbeiter, auch die leitenden, für zwei Jahre 4,2 Prozent ihres Monatsgehaltes abgeben. Nach einer „Sozialklausel“ sind davon nur jene ausgenommen, deren Bruttoverdienst unter 1700 Euro monatlich liegt oder die während der Laufzeit in Altersteilzeit oder Rente gehen. Die Mitarbeiter mit Kürzungen erhalten zusätzlich fünf bezahlte freie Tage im Jahr. Die wöchentliche Arbeitszeit bleibt

bei 38,5 Stunden. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden nicht gekürzt. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis Ende 2005 ausgeschlossen. Zum 1. Januar 2006 erfolgt die Rückkehr auf das Lohnniveau von 2003, zuzüglich der im Öffentlichen Dienst für 2003/4 ausgehandelten Lohnerhöhungen.

Laut Geschäftsführung soll auch für die nicht in die Verhandlungen einbezogenen Beschäftigten eine „Gleichbehandlung“ garantiert sein. Ihnen wurden ausgehandelte Schutz- und Rückkehrklauseln allerdings nicht schriftlich zugesichert.

Neben dem „Kürzungs-Tarif“ wurden auch Änderungen am Manteltarifvertrag vereinbart. Sie betreffen v.a. veränderte Pausenregelungen sowie die Einführung von „Kurzschichten“ von vier Stunden. Geteilte Dienste wurden ausgeschlossen und Bereitschaftsdienste abgeschafft. **M.K.**

## MOL

## Keine Kürzungen!

Bei der Märkisch-Oderland Kultur GmbH (MOL) wurde ein Haustarifvertrag für die 38 Beschäftigten vorgelegt, der zur Sicherung der defizitären Finanzlage des kommunalen Kulturunternehmens mit Museen, Musikschulen und Gedenkstätten beitragen soll. Der Vertrag sieht Reduzierungen von Einkünften und Arbeitszeit der Belegschaft um jeweils 20 Prozent vor. Auf einer ver.di-Mitgliederversammlung am 30. September haben die Gewerkschaftsmitglieder eine solche Regelung einstimmig abgelehnt. Verkürzte Arbeitszeiten bedeuten kürzere Öffnungszeiten der Kultureinrichtungen und damit geringere Einnahmen. So könne die MOL entstandene Defizite keinesfalls kompensieren, argumentierten die Gewerkschafter. **red.**

## Parforce-Ritt in die Tariflosigkeit?

Die Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus – eine ungewöhnliche Symbiose zwischen dem Staatstheater Cottbus und der Kunstsammlung der Stadt – ist noch vor der Sommerpause in einem parlamentarischen Parforce-Ritt verabschiedet worden. ver.di hatte vor den Gefahren des Trägerwechsels gewarnt und Nachbesserungen am Gesetz gefordert. Trotz Theaterferien haben über 90 Prozent der Beschäf-

tigten des Staatstheaters dem Übergang in die Stiftung widersprochen. Bei einer ver.di-Mitgliederversammlung im September wurden Vertrauensleute und Sprecher gewählt, die gemeinsam mit ver.di-Betreuungssekretärin Sabine Schöneburg und Rechtsexperten eine Strategie erarbeiten wollen, den Spielraum des Stiftungsgesetzes im Interesse der Beschäftigten auszunutzen. Wenn keine Einigung erzielt

wird und die Stiftung den Arbeitgeberverbänden nicht beitrifft, droht ab Januar 2005 am Staatstheater ein tarifloser Zustand. Die ver.di-Mitglieder am Theater fordern eine langfristige Tarifbindung, eine bessere Transparenz des Stiftungsgesetzes und kritisieren die fragwürdige Finanzausstattung der Cottbuser Kulturstiftung. Bisher ist nur klar, dass die Häuser mit weniger Mitteln auskommen sollen als bisher. **red.**

# ddp: Rettung in Sicht?

## Insolvenzverwalter verhandelt mit potenziellen Investoren

Am 7. September meldete die Nachrichtenagentur ddp Insolvenz an. Betroffen sind rund 160 Festangestellte und 200 Freie. Für die freien Journalisten und Fotografen besonders bitter: Sie warten teilweise seit Monaten auf ihre Honorare. Doch jetzt scheint sich das Blatt zum Guten zu wenden, der vorläufige Insolvenzverwalter ist optimistisch, die Nachrichtenagentur retten zu können.

Als „hunds miserabel“ bezeichnete eine freie Kollegin die Kommunikation innerhalb der Agen-



tur vor dem Insolvenzantrag. Dass ddp in Zahlungsschwierigkeiten steckt, erfuhr sie durch ihren Kontoauszug – Honorare wurden einfach nicht mehr überwiesen. Auf rund 270.000 Euro belaufen sich die Verbindlichkeiten gegenüber den Freien, bestätigte ein Sprecher des vorläufigen

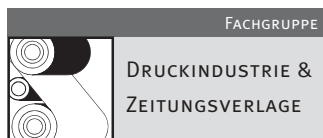
Insolvenzverwalters. Doch sei man optimistisch. Mehrere potenzielle Investoren hätten ihr Interesse bereits bekundet. Auch die Bezahlung der ausstehenden Honorare werde angestrebt. Dies sei wichtig, damit sich ddp die Bildrechte der Fotografen sichert. Die Kooperation mit AFP bestünde weiter.

„Mir fällt ein Stein vom Herzen, wenn nicht, wie bei einer Insolvenz üblich, die Freien in die Röhre gucken“, äußerte sich Matthias Gottwald, Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg der Deutschen Journalistenunion. Dabei kommt den rund 200 Freien zugute, dass ohne ihren Einsatz ddp die fünf Landes- und 21 Korrespondentenbüros nicht aufrecht erhalten könnte.

„Hilfreich in dieser schwierigen Phase ist zum Einen die klare Aussage vieler der rund 300 ddp-Kunden, dass sie weiterhin an einer zuverlässigen Belieferung in Text und Bild durch die Agentur interessiert sind, aber zum Anderen auch die moralische Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen, Gewerkschaften, Verbände und Institutionen“, versicherte Wolfgang Leifheit, ddp-Betriebsratsvorsitzender. Das eigentliche Insolvenzverfahren wird voraussichtlich Anfang November eröffnet. **sil**

## Lüderitz & Bauer insolvent

### Überleben der Traditionsdruckerei ungewiß



Anfang August hat die traditionsreiche Berliner Buchdruckerei Lüderitz & Bauer Insolvenz angemeldet. Das Verfahren wurde am 1. Oktober durch Insolvenzverwalter Christoph Rosenmüller eröffnet. Nach dessen Einschätzung wird es sehr schwierig sein,

die Firma mittelfristig weiterzuführen, obwohl die Auftragslage als gut zu bewerten sei. Den bisherigen Geschäftsführern Jörg und Falk Ziegler werden schwerwiegende Managementfehler angelastet. „Es ist zu befürchten, dass mehr als 30 Kolleginnen und Kollegen arbeitslos werden“, so ver.di-Sekretär Andreas Kühn. Die Gewerkschaft und ein Jurist stehen dem Betriebsrat zur Seite, der Sozialplanverhandlungen aufgenommen hat. **red.**

## FREIKARTEN

### ver.di ist sportlich!

Beim Berlin-Marathon am letzten Septemberwochenende präsentierte sich der Landesbezirk Berlin-Brandenburg mit einem eigenen Stand. Obwohl die sportliche Leistung im Vordergrund stand, konnte sich Andreas Köhn, stellvertretender Landesbezirksleiter, über reges Interesse der Zuschauer und Aktiven freuen.

Spannende Kämpfe in einer ganz anderen Sportart können ver.di-Mitglieder am 6. November um 19.00 Uhr erleben: Beim Boxkampf im Universal-Club, Berliner Straße 21, Haus 4, 13189 Berlin-Pankow. Den Hauptkampf des Abends bestreiten Gene Pukall und Frank Böhme um die WAA-Weltmeisterschaft im Schwergewicht. Gene Pukall ist Mitglied der sports-union in ver.di. Auch Sina Dümer, GBU-Weltmeisterin im Leichtgewicht, ebenfalls sports-union-Mitglied, tritt an. Die sports-union ist die Vereinigung der Profisportler/-innen und Trainer/-innen. Zu den prominenten Mitgliedern gehören die Basketballer Hansi Gnad und Scooter Barry sowie Eishockey-Profi Markus Pöttinger.

Karten zum Preis von 17 bis 58 Euro unter Tel. 030-470 04 204 oder 030-92 45 865.

[www.box-events.com](http://www.box-events.com)

**sil**

## VOLKMAR ZECH – GEB. 27. APRIL 1957 GEST. 14. AUGUST 2004



Foto: transit/v. Polentz

„Auf unserer letzten Sitzung lag eine rote Rose auf deinem Platz und jeder, der die unfassbare Nachricht hören musste, war tief betroffen und schockiert ...“ So beschrieb der ver.di-Bezirksvorstand Frankfurt/Oder seine Fassungslosigkeit über die Nachricht, dass Kollege Volkmar Zech am 14. August im Alter von 47 Jahren einem Herzinfarkt erlag.

Betroffen und schockiert reagierten nach den Angehörigen vor allem die Kolleginnen und Kollegen der „Märkischen Oderzeitung“, deren Interessen Volkmar Zech nach der Wende fast ununterbrochen als Betriebsratsvorsitzender vertrat. Vor Jahrzehnten war der gelernte Kfz.-Schlosser als Kraftfahrer zur damaligen Bezirkszeitung „Neuer Tag“ gekommen und blieb ihr als Verlagsmitarbeiter ein Leben lang verbunden - zuletzt als einziger Erwerbstätiger in seiner Familie mit Ehefrau Jutta, vier er-

wachsenen Kindern und der Enkelin Amy. Volkmar Zech war Gründungsmitglied der IG Medien in seiner Heimatstadt, arbeitete jahrelang als Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft in Frankfurt/Oder und war erfahrenes IG-Medien-Landesbezirksvorstandsmitglied. Bis zu seinem völlig unerwarteten Tod war er Mitglied des ver.di-Bezirks- und Landesfachbereichsvorstandes 8 in Berlin-Brandenburg und darüber hinaus als Mitglied der Bundes- und Regionaltarifkommission Druckindustrie/Verlage aktiv. Selbst als Hobbyfußballer wirkte er als Stütze seines Sportvereins. Überflüssig zu betonen, dass Kollege Volkmar Zech in seinem Lebensumfeld große Trauer und schmerzliche Lücken hinterließ, die kaum zu schließen sind. „Ohne dich wird es schwerer. Wir hatten noch so viel vor...“ schrieben ihm die Frankfurter Gewerkschaftskollegen in den Nachruf.

## AUSSTELLUNG

Vom 2. November bis 17. Dezember läuft in der Medien Galerie eine Ausstellung zum Thema:

**„Hier besteht Handlungsbedarf - Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges“.**

Die Schau wird von ver.di Berlin-Brandenburg gemeinsam mit der Redaktion antifa und der „Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges“ organisiert. Sie erinnert daran, dass der Kalte Krieg auch in der alten Bundesrepublik Opfer zeugte, politisch Andersdenkende wurden juristisch verfolgt und aus dem öffentlichen Meinungsbildungsprozess ausgegrenzt.

Die Ausstellung wird am 2. November eröffnet. Es spricht Rechtsanwalt Dr. Heinrich Hannover.

Die Veranstaltung am 23. November widmet sich dem Thema „Die vergessenen Opfer“ und am 9. Dezember wird „Der Fall Viktor Agartz“ beleuchtet. Beginn ist jeweils 18 Uhr. Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, U 6, Platz der Luftbrücke.

## LITERATUR

**Mitgliederversammlung des VS Berlin** zum Thema „Vier Jahre VS in ver.di – Bilanz und Perspektiven“ am 8. November, 17 Uhr, Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 30, Raum 6.05

**VS-Stammtisch:** Jeden ersten Donnerstag im Monat, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

## JOURNALISMUS

**Bundesdeutsche Presseausweise:** Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 0 30/ 88 66-54 20/21) Nachweise journalistischer Tätigkeit nicht vergessen!

**Journalistenstammtisch:** jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

**Medienkompetenz und Menschenwürde** - Diskurs zur Filmästhetik in der Medienerziehung; bildungspolitische Veranstaltung von Sichtwechsel e.V. für gewaltfreie Medien am 29. Oktober, Kino Arsenal am Potsdamer Platz, Beginn 17 Uhr. Vorträge u. a. zu „Kunstfreiheit und Menschenwürde“ und zu „Filmkunst und Wirklichkeit – Voraussetzungen für Medienkompetenz.“

## FRAUEN

**Der Frauenstammtisch** des Fachbereiches 8 trifft sich an jedem letzten Donnerstag in ungeraden Monaten um 18 Uhr im „Casalot“, Claire-Waldoff-Str. 5 (Oranienburger Tor, U6).

## RFAV/MEDIEN

**Stammtisch für Kleindarsteller:** jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr im Restaurant „Götterspeise“, Neuköllner Oper, U7 Karl-Marx-Straße.

**Neuer Stammtisch!!!** Actortable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bahnhof Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch und thematische Schwerpunkte, Unkostenbeitrag 5 Euro, Rückfragen: Tel. 030 / 568 24 840 Evelin Gundlach und Guenter Messe

## PAPIERVERARBEITUNG

**Fachgruppenversammlung** an jedem zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 30.

## AKTIVE ERWERBSLOSE

**Die Erwerbslosen von ver.di Berlin** treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 30. Ulla Pingel (Tel. 030-621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

**Redaktion „Forum der Nichtarbeit“** produziert seit Januar ein wöchentliches tv-Magazin, Ausstrahlung im „Offenen Kanal Berlin“ jeden Sonnabend um 21 Uhr. Die z.Zt. achtköpfige Crew freut sich über weitere Mitstreiter, Redaktionstreffen dienstags, 20 Uhr, Tel. 030 / 220 13 755 oder 0175 / 516 72 01.

## MUSIK

**Wir arbeiten nicht im Verborgenen!** Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Nächste Sitzungen: 29. Oktober, 26. November und 17. Dezember

## CONNEX.AV

**Second-Tuesday-Stammtisch** für freie und selbstständige Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien, ist dieses Mal ausnahmsweise ein First Tuesday und findet statt am 2. November, Ort: Köpenicker Str. 30 im Haus des ver.di Landesbezirks Berlin/Brandenburg, Raum Z 12. Beginn 19 Uhr (siehe auch: www.connex-av.de)

## SENIOREN

**ADN-Senioren:** am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

**„Alte-Barden-Runde“:** jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

**Seniorengruppe Funkhaus:** zum Thema Patientenverfügung am 17. November, 14.30 Uhr im Funkhaus Sendesaal Block B. Achtung! ver.di-Mitglieder treffen sich mit Mitgliedsausweis bereits um 13 Uhr zur Neuwahl der Gruppenleitung, voraussichtl. Block A, Raum 505 (siehe Seniorenecho!)

**Gerhart-Eisler-Kreis:** am 24. November, 14 Uhr, voraussichtl. Block A, Raum 505 (siehe Seniorenecho!)

**Bitte vormerken!** Weihnachtsfeier am 15. Dezember, 14 Uhr, Klubgaststätte Springbornstraße.

## THEATER &amp; BÜHNEN

**Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands** der Fachgruppe 10 alle drei Wochen im ver.di-Haus. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 030-88 66-54 12). Nächste Termine: 1. November, Raum 4.12 und 13. Dezember, Raum 5.12 (jeweils geschäftsführender Vorstand)

## JOURNALISTENTAG 2004

**„Embedded Forever“** – *Verkommt der Journalismus im bequemen Bett von PR und Marketing?*

18. Journalistentag der dju am 27. November 2004 im Haus der ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Tiede-Ufer 10, 10179 Berlin (Nähe Ostbahnhof), Beginn 10.30 Uhr.

Aus dem Programm:

Prof. Rudolph Speth: *Politik wird zu Marketing*

Prof. Michael Haller: *Bekommt eine starke PR zunehmend schwache Redaktionen in den Griff?*

Bodo Hombach: *Redaktioneller Rahmen für unabhängigen Qualitätsjournalismus*

*Ausführliche Vorankündigung und Anmeldeformular (verbindliche Anmeldung bis 5. November) siehe „M“ 11/04*

Am 26. November findet ein Vorabendtreff für alle Interessierten statt im „Cueva Buena Vista“, Andreasstr. 66 (Nähe Ostbahnhof)

## Sprachrohr 6/04

erscheint am 13.12.2004  
Redaktionsschluss am 15.11.04

## Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung:

Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54  
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

## Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Bemerkungen \_\_\_\_\_

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin  
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

### SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

# Umbruch bei der Altersvorsorge

## Neues Gesetz bringt radikalen fiskalischen Wandel bei allen Alterseinkünften

**D**ie wichtigste Konsequenz aus dem neuen Alterseinkünftegesetz ist die – schrittweise – Besteuerung der gesetzlichen Renten. Zwar waren Renten auch bisher grundsätzlich steuerpflichtig, jedoch nur mit ihrem Ertragsanteil. Da die fiskalischen Freibeträge hoch sind, musste das Gros der Rentner bisher keine Steuern zahlen. Jetzt wachsen die neuen Rentnerjahrgänge – beginnend mit 50 Prozent im Jahr 2005 – Schritt für Schritt in die Steuerpflicht hinein. Erst 2040 ist die gesetzliche Rente zu 100 Prozent steuerpflichtig.

### ERTRÄGE AB 2005 BESTEUERT

Doch auch für die private Altersvorsorge gibt es gravierende Änderungen. Da das Gesetz erst ab Januar 2005 wirksam wird und damit auch erst für ab diesem Zeitpunkt abgeschlossene private Verträge gilt, erhebt sich die Frage, ob man noch in diesem Jahr für die Altersvorsorge privat „etwas tun“ sollte.

Grundsätzlich sollten Verbraucher bei ihren Entscheidungen über eine private Altersvorsorge folgendes wissen und bedenken: Die Erträge aus einer Kapitallebensversicherung, die ab 2005 geschlossen wird, werden besteuert. Die Höhe der Erträge kann jeder selbst ermitteln: Auszahlungssumme minus eingezahlte Beiträge. Nicht voll, sondern nur zur Hälfte werden diese Erträge mit dem persönlichen Einkommensteuersatz dann besteuert, wenn wenigstens fünf

Jahre Beiträge gezahlt werden, der Versicherungsvertrag bis zum 60. Lebensjahr und mindestens zwölf Jahre läuft. Gleiches gilt für herkömmliche Rentenversicherungen, die ab 2005 geschlossen werden, wenn von dem enthaltenen Kapitalwahlrecht Gebrauch gemacht wird. Die Einbußen können sich im Vergleich zur steuerfreien Auszahlung – in Abhängigkeit vom persönlichen Steuersatz und dem angesparten Kapital – schnell auf 10 Prozent Auszahlungsverlust summieren. Anders verhält es sich, wenn man sich aus einer Rentenversicherung beispielsweise eine monatliche Rente zahlen lässt. Bei dieser Rente wird wie bisher ein fiktiver Ertragsanteil mit dem individuellen Steuersatz besteuert. Gingen bisher jedoch 27 Prozent der Rente bei einem 65-Jährigen in die steuerliche Berechnung ein, sinkt der Ertragsanteil nunmehr auf 18 Prozent. Für einen 60-Jährigen geht der Ertragsanteil von bisher 32 auf 22 Prozent herunter.

### STEUERBEGÜNSTIGT UND MIT UNISEX-TARIFEN

Die Riester-Rente bleibt trotz aller Kritik vor allem für diejenigen attraktiv, die neben der Eigenzulage auch staatliche Zuschüsse für Kinder erhalten können. Denn an den staatlichen Zulagen für Riester-Verträge ändert sich nichts. Sie betragen sowohl in diesem wie im nächsten Jahr 76 Euro für jeden Riester-Sparer. Hinzu kommen 92 Euro für jedes im Haushalt lebende Kind. Was

sich mit dem neuen Gesetz ändert, ist die Einführung so genannter Unisex-Tarife. Aber erst ab 2006 müssen Männer und Frauen trotz unterschiedlicher Lebenserwartung und des damit verbundenen längeren oder kürzeren Rentenbezugs gleich viel für Riester-Produkte zahlen.

Wer kann, sollte die Angebote zur Altersvorsorge über seinen Betrieb nutzen. Mit einem betrieblichen Altersvorsorgevertrag lässt sich ein gutes Finanzpolster für den Ruhestand aufbauen. Die geringen Einbußen, die man später bei der Auszahlung hinnehmen muss, weil auf Betriebsrenten der volle Krankenkassenbeitrag entrichtet werden muss, schmälern zwar die Rendite.

### BETRIEBLICHE ANGEBOTE NUTZEN

Dafür sind Betriebsrenten, die meistens als Gruppenverträge abgeschlossen werden, aufgrund der Rabatte kostengünstig, und sie sind „pflegeleicht“, weil der Arbeitgeber sich um alle Formalitäten kümmert. Zudem soll es erleichtert werden, bei Verlassen des Betriebes den Vertrag mitzunehmen. Allerdings fallen die günstigen Regelungen für Direktversicherungen ab dem nächsten Jahr weg. Die Pauschalsteuer von 20 Prozent gibt es nur noch für Verträge, die in diesem Jahr abgeschlossen werden oder für Verträge, die der Arbeitgeber vollständig aus eigener Tasche bezahlt. Trifft letzteres nicht zu und will man den Vorzug der Pau-

schalsteuer dennoch nutzen, muss man noch in diesem Jahr eine Direktversicherung abschließen.

### BESTANDSSCHUTZ PER GESETZ

Bestehende Kapitallebens- oder Rentenversicherungen sind durch das Gesetz geschützt. Niemand braucht daher zu kündigen, weil er befürchtet, dass die Kapitalauszahlung aus seinem laufenden Vertrag 2005 oder später versteuert wird. Wer ohnehin plant, eine Kapitallebens- oder Rentenversicherung abzuschließen oder eine bestehende Versicherung aufzustocken, sollte das noch in diesem Jahr tun. Dann gilt noch die bisherige Steuerfreiheit für Kapitalauszahlungen, wenn die bekannten Voraussetzungen vorliegen: Mindestens 12 Jahre Laufzeit oder Restlaufzeit bei aufzustockenden Versicherungen – und eine Beitragszahlung über mindestens fünf Jahre. Denn erst für ab 2005 geschlossene Verträge halbiert sich dieser Vorteil, werden während der Vertragslaufzeit erzielte Erträge zur Hälfte für die Berechnung der Einkommenssteuer herangezogen.

**Bernd Hubatschek  
Andreas Brate**

*Bernd Hubatschek bietet als langjähriger Freiberater für selbstständige Medienberufler eine kostenfreie Beratung für ver.di-Mitglieder zu Ergänzungsmöglichkeiten für die Altersvorsorge über das Presseversorgungswerk an. Tel. 030-44650810.*